



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 16. April 2010 (20.04)
(OR. en)**

8570/10

ENFOPOL 99

I/A-PUNKT-VERMERK

des Generalsekretariats
für den AStV/Rat

Nr. Vordokument: 7984/10 ENFOPOL 78 + COR 1 + ADD 1
5692/1/10 REV 1 ENFOPOL 24 + ADD 1 REV 1

Betr.: Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates über den Einsatz eines standardisier-
ten, multidimensionalen semistrukturierten Instruments zur Erfassung von Daten
und Informationen über die Radikalisierungsprozesse in der EU

1. Nachdem die terroristischen Aktivitäten in den letzten Jahren weltweit wieder aufgeflammt sind, hat die Europäische Union im Jahr 2005 eine umfassende Strategie zur Terrorismusbekämpfung ausgearbeitet, deren strategisches Engagement vier Arbeitsfelder umfasst, zu denen die Prävention gehört. Zweck dieses Arbeitsfelds ist es, zu verhindern, dass Menschen sich dem Terrorismus zuwenden, und bei den Faktoren und Ursachen anzusetzen, die innerhalb und außerhalb Europas zu Radikalisierung und Anwerbung von Menschen für den Terrorismus führen können.

2005 hat die Europäische Union zusätzlich zu der genannten umfassenden Strategie zur Terrorismusbekämpfung eine Strategie und einen globalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus vereinbart, wodurch die Mitgliedstaaten veranlasst wurden, verschiedene Initiativen vorzuschlagen.

In dem überarbeiteten Aktionsplan der EU zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus - Durchführungsplan (Dok. 9915/09 ADD 1 JAI 298 ENFOPOL 131 COTER 48 RESTREINT UE) wird empfohlen, dass die Mitgliedstaaten Schritte einleiten, um Informationen über die Radikalisierung auszutauschen und Mechanismen für die systematische Analyse und Bewertung des Ausmaßes der Radikalisierung auf der Grundlage eines multidisziplinären Ansatzes einzurichten (siehe unter anderem Nummern 20, 22 und 43 bis 52).

2. In Anbetracht all dessen wird ein Instrument vorgeschlagen, das ein grundlegender Mechanismus für die Erfassung von Daten und Informationen über Prozesse der Radikalisierung und Gewaltbereitschaft sein soll, die sich in der Phase der Informationserfassung als besonders nützlich erweisen könnten. Es handelt sich um ein hochflexibles Instrument, das sich leicht an das untersuchte Phänomen anpassen lässt.

Ließe man die Sachverständigen in den Mitgliedstaaten und in den Organen der Europäischen Union ein gemeinsames semistrukturiertes Instrument verwenden, könnte hierdurch ein gemeinsamer Ansatz für die Prozesse der Radikalisierung und Gewaltbereitschaft erleichtert und gefördert werden, was im Ergebnis zu einem besseren Informationsaustausch über diese Prozesse führen würde. Das vorgeschlagene Instrument ist als erster Schritt zu betrachten. Da es rein einsatzorientiert ist, sind Änderungen und Anpassungen Sache der Benutzer, da sie bestmögliche Ergebnisse erzielen wollen.

3. Die Gruppe "Terrorismus" hat in ihren Sitzungen vom 27./28. Januar und vom 17. März 2010 den Vorschlag des Vorsitzes für einen Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates über den Einsatz eines standardisierten, multidimensionalen semistrukturierten Instruments zur Erfassung von Daten und Informationen über die Radikalisierungsprozesse in der EU (s. Dok. 5692/10 ENFOPOL 24 und Dok. 5692/1/10 REV 1 ENFOPOL 24) sowie einen Vorschlag für ein Instrument für die Erfassung von Daten und Informationen über Prozesse der Radikalisierung und Gewaltbereitschaft (s. Dok. 5692/10 ADD 1 ENFOPOL 24 und Dok. 5692/1/10 REV 1 ENFOPOL 24 ADD 1 REV 1) erörtert.

4. Auf der Grundlage der Erörterungen in der Gruppe hat der Vorsitz einen geänderten Text für den Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates und das Instrument für die Datenerfassung vorgeschlagen (s. Dok. 7984/10 ENFOPOL 78 + COR 1 und ADD1). Der Koordinierungsausschuss für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (CATS) hat in seiner Sitzung vom 12./13. April 2010 Einvernehmen über die geänderten Dokumente erzielt.

 5. Der AStV wird ersucht, das Einvernehmen über den Text des Entwurfs von Schlussfolgerungen des Rates und das Instrument für die Datenerfassung gemäß Anlage und Addendum zu bestätigen und sie dem Rat zur Annahme vorzulegen.
-

**ENTWURF VON SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ÜBER DEN EINSATZ EINES
STANDARDISIERTEN, MULTIDIMENSIONALEN SEMISTRUKTURIERTEN
INSTRUMENTS ZUR ERFASSUNG VON DATEN UND INFORMATIONEN ÜBER DIE
RADIKALISIERUNGSPROZESSE IN DER EU**

DER RAT –

EINGEDENK DESSEN,

- dass eines der vier Arbeitsfelder des strategischen Engagements der 2005 angenommenen umfassenden Strategie der EU zur Terrorismusbekämpfung die Prävention ist, deren Zweck es ist, zu verhindern, dass Menschen sich dem Terrorismus zuwenden, und bei den Faktoren und Ursachen anzusetzen, die in Europa und weltweit zu Radikalisierung und Anwerbung von Menschen für den Terrorismus führen können;
- dass die Europäische Union als ein Schüsselement bei der Erreichung des genannten Zwecks im Jahr 2005 Einigung über eine Strategie und einen globalen Aktionsplan gegen Radikalisierung und die Anwerbung und im Jahr 2009 über einen geänderten Aktionsplan¹ der EU betreffend die Radikalisierung und die Anwerbung von Terroristen - Durchführungsplan erzielt hat, in dem Folgendes empfohlen wird:
 - Die Mitgliedstaaten sollten regelmäßig das Ausmaß der Radikalisierung und der Anwerbung auf der Grundlage eines multidisziplinären Ansatzes prüfen und die Ergebnisse mit anderen Mitgliedstaaten austauschen. Sie sollten Mechanismen für die systematische Analyse aller Hauptfaktoren im Rahmen der Radikalisierungsprozesse einrichten. Sie sollten die Informationen über die Radikalisierungsprozesse prüfen, die auch mit anderen Regionen der Welt in Zusammenhang stehen, in denen es zu einer Radikalisierung kommen kann. Sie sollten die verschiedenen Umfeldler ermitteln und systematisch analysieren, in denen es zu einer Radikalisierung und Anwerbung kommen kann.

¹ Dok. 9915/09 ADD 1 JAI 298 ENFOPOL 131 COTER 48 RESTEINT UE

- Die Mitgliedstaaten sollten der Einreise und dem Aufenthalt von Personen, die Radikalisierungs- und Anwerbungsprozessen Vorschub leisten, besondere Beachtung schenken. Sie sollten ihre Erfahrungen über die Tätigkeiten von extremistischen religiösen Anführern austauschen. Die zuständigen nationalen Behörden der Mitgliedstaaten sollten den Informationsaustausch über Personen fortsetzen und fördern, die möglicherweise an einer Radikalisierung beteiligt gewesen sind. Sie sollten nach systematischen Möglichkeiten des Austauschs von Informationen über Personen oder Gruppen suchen, gegen die sie wegen des Schürens von Hass und der Anstiftung zum Terrorismus vorgehen. Sie sollten Mechanismen für die Erfassung und den Austausch von Informationen über radikale Anführer, die Terrorismus propagieren und dazu anstiften, und über deren Bewegungen innerhalb der Europäischen Union einrichten.
 - Die Mitgliedstaaten sollten – je nach Fall – über Europol/Eurojust bzw. das SITCEN die Ergebnisse der Analyse von Daten über Umfeldler, die zur Radikalisierung führen, sowie über Anwerbungstätigkeiten und aktuelle Fälle von Personen, die wegen terroristischer Umtriebe angeklagt und verurteilt worden sind, austauschen. Das Ziel bestünde darin, strategische Analysen dazu auszuarbeiten, aus welchen Gründen und auf welche Weise es bei Personen zu einer Radikalisierung und Beteiligung am Terrorismus kommt, damit Maßnahmen und Strategien dazu ausgearbeitet werden können, wie gegen diese Phänomene vorzugehen ist.
- dass die Hauptverantwortung für die Terrorismusbekämpfung bei den Mitgliedstaaten liegt und dass die Europäische Union unter anderem durch den Ausbau der nationalen Fähigkeiten einen Beitrag leisten kann;

IN ANERKENNUNG der Anstrengungen der Mitgliedstaaten und der Organe der Europäischen Union, die zahlreiche Initiativen zu mehreren oder allen Zielen des globalen Aktionsplans zur Bekämpfung der Radikalisierung und der Anwerbung koordinieren und ausarbeiten;

IN ERWÄGUNG NACHSTEHENDER GRÜNDE :

- Bei den Radikalisierungsprozessen handelt es sich generell um sehr spezifische Phänomene, die komplex und facettenreich und daher schwer zu erfassen sind.
- Bei den Radikalisierungsprozessen handelt es sich um hochdynamische Phänomene, so dass es von entscheidender Bedeutung ist, in welchem Verhältnis die verschiedenen daran beteiligten Faktoren und die Entwicklungen im Zeitverlauf zueinander stehen.

FORDERT DIE MITGLIEDSTAATEN AUF,

das vorgesehene Instrument zur Datenerfassung¹ bestmöglich einzusetzen und dabei die verschiedenen Merkmale zu nutzen, die es sowohl sehr flexibel als auch sehr anpassungsfähig machen, wobei zu beachten ist, dass das Instrument in einigen Bereichen einen Zusatznutzen aufweist, unter anderem

- die Verbesserung der Fähigkeit zur Aufnahme und Interpretation von Daten und Informationen, um die Analyse durch die Mitgliedstaaten zu optimieren, wobei die Vielseitigkeit des vorgeschlagenen Datenerfassungsinstruments genutzt wird;
- die Optimierung des Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten;
- die Bewertung des Ausmaßes, der Merkmale und der Größenordnung von Radikalisierungsprozessen;
- der Ausbau des Wissens über das Phänomen und Aufzeigen weiterer Möglichkeiten zur Identifizierung der an seiner Förderung beteiligten Personen; dieses Merkmal verleiht dem Instrument das Potenzial, die geeigneten Maßnahmen anpassen und festlegen zu helfen, sei es zwecks Unterbrechung laufender Radikalisierungsprozesse oder zwecks Auslösung entsprechender Warnungen;

FORDERT EUROPOL AUF,

im Rahmen seiner Zuständigkeiten

- die kollektiven Fähigkeiten der Europäischen Union zu steigern, indem es zusätzliche Informationen über die Prozesse liefert, durch die besondere Personen radikalisiert werden, und es dadurch zu ermöglichen, Listen derjenigen Personen aufzustellen, die an der Radikalisierung/Anwerbung oder Übermittlung von radikalisierenden Botschaften beteiligt sind, und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, und zwar gemäß dem derzeitigen rechtlichen Rahmen von Europol im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten;

FORDERT DAS SITCEN AUF,

im Rahmen seiner Zuständigkeiten

- das vorgeschlagene Instrument oder eine stärker spezialisierte Variante zu nutzen, um das Phänomen innerhalb der Europäischen Union zu analysieren.

¹ Dok. 7984/10 ADD 1 ENFOPOL 78.